

BStU

Archiv der Zentralstelle

MfS Rechtsstelle

Nr. **787**

19.12.81

BSU 000206

Zentralkomitee
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands
Abteilung für Sicherheitsfragen
Genossen Generaloberst Scheibe

B e r l i n

Werter Genosse Scheibe!

Den mir übersandten Entwurf einer

Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an
der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutsch-
land, zu Berlin (West) und an der Seegrenze
der DDR

habe ich prüfen lassen.

Ich stimme diesem Dokument von grundsätzlicher Bedeutung für
die Organisierung der gesamten Arbeit im Grenzgebiet zu.

Mit sozialistischem Gruß

Armeegeneral

BSU
000207

Die Vorlage wurde abgestimmt mit

Genossen Generalleutnant Mittig
Genossen Generalmajor Neiber
Genossen Generalmajor Geisler

und den Leitern der

HA I
HA VI
HA VII
HA IX
ZAIG
Rechtsstelle
BV Berlin
BV Rostock
BV Schwerin
BV Potsdam
BV Magdeburg
BV Erfurt
BV Suhl
BV Gera
BV Karl-Marx-Stadt.

Seitens der Genossen General Mittig, Neiber und Geisler sowie der Leiter der HA I, VI, IX, ZAIG und Rechtsstelle gibt es zum Entwurf keine Bemerkungen.

Die Hinweise der Leiter der HA VII und einiger Bezirksverwaltungen sind im Antwortschreiben nicht berücksichtigt, da es sich beim vorliegenden Entwurf um ein Dokument von grundsätzlichem Charakter handelt und Einzelprobleme der Regelung in den zutreffenden Rechtsvorschriften bedürfen.

BStU
000208

M 3 7883137
L 2 37

Stellvertreter des Ministers
Genossen Generalleutnant Mittig

Diese Vorlage haben zur Stellungnahme
erhalten:

Genosse Generalmajor Neiber
Genosse Generalmajor Geisler

HA I
HA VI
HA VII
HA IX

ZAIG
Rechtsstelle

sowie die Bezirksverwaltungen Berlin,
Rostock, Schwerin, Potsdam, Magdeburg,
Suhl, Gera, Erfurt und Karl-Marx-Stadt.

Termin der Bearbeitung für die Dienst-
heiten ist der 8. 12. 1981.

Bd 112083187

BSU

000209

Berlin, 1. 12. 1981

Stellungnahme

zu dem vorgelegten Entwurf der "Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland, zu Berlin (West) und an der Seegrenze der DDR"

Die vorgelegte neue Fassung der Direktive vom 28. 10. 1971 wurde geprüft. Aus unserer Sicht werden keine Ergänzungen oder Veränderungen vorgeschlagen.

BStU
000210

Stellv. des Ministers

Berlin, 2. Dez. 1981
VNE/ 8566 /81

Büro der Leitung
Leiter

30241B S
CK
Obst Helwer

Det. 6 Ent. 3.12.81

Ihr Schreiben 2083/81 vom 19. 11. 1981

Mit dem übersandten überarbeiteten Entwurf der "Direktive des Sekretariats des ZK der SED zur weiteren Arbeit im Grenzgebiet zur BRD und Westberlin" bin ich einverstanden. Es gibt weder Ergänzungs- noch Änderungsvorschläge.

Beiliegend Ihr Material zurück.

Anlage

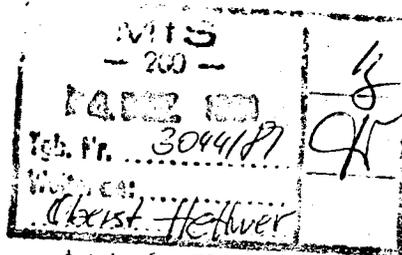
J. Meyer
Neiber
Generalmajor

BStU
000211

Arbeitsgruppe des Ministers
Leiter

Berlin, 26. November 1981
241916

Büro der Leitung
Leiter
Genossen Oberst Ludwig



Att. 6 Ent. 4.12.81

Zu dem mir übersandten Entwurf, Neufassung der

Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees der SED
zur weiteren Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze
zur BRD und Westberlin

habe ich keine ergänzenden Bemerkungen.

Geisler
Geisler
Generalmajor

BStU

000212

Hauptabteilung I
Leiter

Berlin, 1. Dez. 1981
VOA-1016 /81

Büro der Leitung
Leiter

Berlin

STELLUNGNAHME zum Entwurf der Direktive des Sekretariats des
ZK zur weiteren Arbeit im Grenzgebiet an der
Staatsgrenze zur BRD und Westberlin

Der genannte Entwurf wurde durch uns zur Kenntnis genommen
und mit dem Kdo. der Grenztruppen abgesprochen.

Der Entwurf findet unsere volle Zustimmung.

Anlage

i.V. Dietel
Oberst

BSU
000213

Hauptabteilung VI
Leiter

Berlin, 1. Dez. 1981
Ltr./RuG/ 770 /81

MIS
11
3075/81

Büro der Leitung
Genossen Oberst Hettwer

Oberst Hettwer

Att. 6 End. 2.12.81

Stellungnahme - Ihr Schreiben vom 19. 11. 1981

Der Entwurf der Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland, zu Berlin (West) und an der Seegrenze der DDR wurde geprüft.

Aus der Sicht der Hauptabteilung VI könnte ihm zugestimmt werden.

Anlage

[Signature]
Fiedler
Generalmajor

Hauptabteilung VII
Leiter

Berlin, 8. 12. 1981
AKG/be-he
B/A/ 1473 /81

BSiU
000214

Büro der Leitung
Stellvertreter des Leiters
Oberst H e t t w e r

Dem Entwurf der überarbeiteten "Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees zur weiteren Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur BRD und Westberlin" stimme ich zu.

Aus meiner Sicht möchte ich noch auf die folgenden 2 Momente aufmerksam machen, die im Interesse der Vervollständigung des Inhalts der Direktive geprüft werden sollten.

In Anbetracht der derzeitigen Praxis und in Auswertung entsprechender Vorkommnisse erscheint es als dringend notwendig, stärker das Augenmerk auch auf solche Werkstätigen zu richten, die zur Lösung ihrer Arbeitsaufgaben befristet im Grenzgebiet zum Einsatz kommen. M. E. wäre es zweckmäßig, in der Direktive ausdrücklich die Verantwortung der Parteileitungen in Zusammenarbeit mit den staats- und wirtschaftsleitenden Organen für eine zielgerichtete Arbeit mit diesen Werkstätigen hervorzuheben. ✓

Darüber hinaus schlage ich vor, in den Teilnehmerkreis der in Zuständigkeit der Grenztruppen mit den örtlichen Funktionären durchzuführenden Sicherheitsberatungen (s. S. 12) auch die zuständigen Angehörigen der DVP sowie die Leiter von Betrieben und Einrichtungen, die regelmäßig Arbeiten im Schutzstreifen durchführen, aufzunehmen. ✓

Anlage
14 Blatt - VVS (Kopie)

Büchner
Generalmajor

BStU
000215

Hauptabteilung IX
Leiter

Berlin, 7. Dezember 1981
IX/8/152/mo8/81 os-ar
IX/ 10771/81

Büro der Leitung
Leiter

19. DEZ 1981
Tel. Nr. 3115
Oberst Heffner z:

Not. 6 Ent. 9.12.81

Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet zur
BRD, Berlin (West)
Ihr Schreiben vom 19. 11. 81 - 2083/81

Zum Entwurf der neuen Fassung der Direktive
des Sekretariats des Zentralkomitees zur wei-
teren Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgren-
ze zur BRD und Westberlin gibt es aus der
Sicht der Hauptabteilung IX keine Änderungs-
oder Ergänzungsvorschläge.

Anlage
1 Entwurf


Fister
Generalmajor

BSU
000216

Zentrale Auswertungs-
und Informationsgruppe
Leiter

Berlin, 7. 12. 1981
schi-du 6709/81

Büro der Leitung
Leiter

MIS
19.12.1981
Nr. 3106/81
Oberst H. H. H.

3
H. H. H. Akt. 6 Cret.

Zum Entwurf der "Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland, zu Berlin (West) und an der Seegrenze der DDR" habe ich keine Ergänzungs- und Präzisierungsvorschläge.

Anlage

Irmner

Irmner
Generalmajor

Rechtsstelle

Berlin, 4. 12. 1981
mü-schm 774 /81

BSU
000217

Büro der Leitung
Leiter

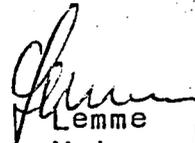
Zu dem mit Schreiben vom 19. 11. 1981 übersandten Entwurf der

"Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees zur weiteren Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur BRD und Westberlin"

gibt es aus der Sicht der Rechtsstelle keine Bemerkungen.

Dabei wird davon ausgegangen, daß die auf Seite 6 des Entwurfes erwähnten gesetzlichen Bestimmungen (Grenzgesetz, Grenzordnung und Grenzverordnung) vor Bestätigung der Direktive in Kraft treten werden.

Anlage


Lemme
Major

BSU
000218

Bezirksverwaltung Berlin, 5. 12. 1981
für Staatssicherheit Berlin L/1060/81 A
Leiter

Ministerium für Staatssicherheit
Büro der Leitung
Stellvertreter des Leiters
Genossen Oberst Hettwer

Berlin

Ihr Schr. v. 19. 11. 1981, BdL/2083/81

Als Anlage übersende ich Ihnen die
Stellungnahme zur

Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an
der Staatsgrenze zur Bundesrepublik
Deutschland, zu Berlin (West) und an
der Seegrenze der DDR.

Anlagen
Stellungnahme
Entwurf (VVS ZK 69 -
162/81) - Kopie

Schwanz
Schwanitz
Generalmajor

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Berlin
Leiter

Berlin, 04. 12. 1981

BStU
000219

S t e l l u n g n a h m e

zur Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland, zu Berlin (West) und an der Seegrenze der DDR

Der Entwurf der Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland, zu Berlin (West) und an der Seegrenze der DDR entspricht den objektiven Erfordernissen.

Stärker hervorgehoben werden sollte in dieser Direktive, daß die politisch-ideologische Arbeit im Grenzgebiet auf der Grundlage der Pläne der politischen Massenarbeit durch die SED-Kreisleitungen zu realisieren ist.

Die politische Führung durch die Partei in allen Betrieben und Einrichtungen innerhalb des Grenzgebietes muß zielgerichtet auf die Unterstützung der Tätigkeit der Grenztruppen und der anderen Schutz- und Sicherheitsorgane zur Gewährleistung des zuverlässigen Schutzes der Staatsgrenze ausgerichtet sein.

Unbedingt ist zu gewährleisten, daß die Leiter dieser Betriebe und Einrichtungen in Abstimmung mit den Grenztruppen ihrer Verantwortung zur zielgerichteten Aufdeckung begünstigender Bedingungen sowie deren konsequenten und unverzüglichen Beseitigung gerecht werden.

Im Abschnitt IV sollten die Grenztruppen zur unmittelbaren Mitarbeit in den Grenzsicherheitsaktiven der Räte der Stadtbezirke bzw. -kreise oder in volkswirtschaftlich bedeutenden Betrieben verpflichtet werden.

Anlagen

Schwantz
Schwanitz
Generalmajor

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit
Der Leiter

Rostock, 7. 12. 1981
L/ 508 /81 A

BStU
000220

Ministerium für Staatssicherheit
Büro der Leitung
Stellvertreter des Leiters

19.12.1981
3122
Oberst Helfner z.

Berlin

Stellungnahme zum Entwurf "Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur BRD, zu Berlin (West) und an der Seegrenze der DDR"

Ihr Schreiben vom 19. 11. 1981, Tgb.-Nr. 2083/81

Dem Inhalt des Entwurfes mit den wichtigen politischen und führungsmäßigen Aufgaben stimme ich zu.

Ich schlage vor, die Aufnahme folgender Ergänzungen zu prüfen:

Zu Abschnitt I.
(S. 5)

Die im Punkt I. vorgesehene Verstärkung der klassenmäßigen Erziehung der Jugend im Grenzgebiet ist mit einem intensiveren politisch-ideologischen Einfluß zur Gewinnung weiterer Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten für die NVA/Grenztruppen und die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane zu verbinden.

In die Ausbildung der GST und in die sinnvolle Freizeitgestaltung der Jugend im Grenzgebiet sind abgestimmte und übertragbare Aufgaben zur Grenzsicherung, insbesondere im Grenzhinterland, einzuordnen.

Abschnitt II.
S. 8

Die im Punkt II. festgelegten Aufgaben zur Bildung und weiteren Aktivierung der Grenzsicherheitsaktive sind zur Qualifizierung der Sicherung der Seegrenze auf die Küstenfischer, Wassersportler, individuellen Besitzer von Erholungseinrichtungen und Verantwortlichen von Betrieben und Einrichtungen, die ständige Nutzer von Urlaubs- und Erholungsobjekten im Grenzgebiet sind, zu erweitern.

Anlage

i.k. Freund
Mittag
Generalmajor
Oberst

BSU
000221

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Schwerin
L e i t e r

Schwerin, 5. Dezember 1981
L/590/81

1413
- 250 -
Tab. Nr. 3.05/81
Waltergen:
Oberst Korth
Abt. 6 Cret

Ministerium für Staatssicherheit
Stelly. des Leiters der Abteilung
Büro der Leitung
Genossen Oberst HETTWER

B e r l i n

Entwurf der Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an der Staats-
grenze zur Bundesrepublik, zu Berlin (West) und an der Seegrenze
der DDR
Ihr Schreiben vom 19. 11. 1981m BdL/2083/81

Anliegend reiche ich den o. g. Entwurf nach erfolgter Prüfung
zurück.
In meiner Stellungnahme sind die Ergebnisse der Beratung mit
den zuständigen Leitern der Linien-Abteilungen und Grenzkreis-
dienststellen mit verarbeitet.

2 Anlagen

K. Korth
Korth
Generalmajor

Schwerin, den 01. 12. 1981

BStU

000222

Stellungnahme

zum Entwurf der Direktive zur Arbeit
im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur
BRD, zu Berlin (West) und an der See-
grenze der DDR

Nach gründlicher Durcharbeitung und kollektiver Beratung mit Leitern ausgewählter operativer Dienstseinheiten wird dem vorliegenden Entwurf der Grenzdirektive des ZK der SED prinzipiell zugestimmt.

Aus der Sicht der Bezirksverwaltung kann eingeschätzt werden, daß der Entwurf in hohem Maße den aktuellen und perspektivischen Anforderungen an die Qualifizierung der politisch-ideologischen Tätigkeit aller Parteiorganisationen sowie der Leitungen, der staatlichen Leiter und gesellschaftlichen Kräfte im Grenzgebiet entspricht und damit auch eine feste Orientierung für das einheitliche Handeln aller tschekistischen Kräfte darstellt.

In diesem Rahmen erwachsen auch neue Erfordernisse für die Gestaltung der politisch-operativen Arbeit, die auf die abstrichlose Erfüllung der mit der Umsetzung der Grenzdirektive verbundenen Aufgaben - insbesondere zur Stärkung der führenden Rolle der Partei in allen Bereichen des Grenzgebietes - zu konzentrieren ist.

Als bedeutsam wird eingeschätzt, daß es im Entwurf der Grenzdirektive gelungen ist, die mit der Erhöhung der Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet verbundene gesamtgesellschaftliche Verantwortung verstärkt sichtbar zu machen und daraus vorrangige Aufgaben für die Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR abzuleiten.

Für den Einsatz der operativen Kräfte und Mittel der Bezirksverwaltung wird dabei als wesentlich erachtet, das Augenmerk noch stärker auf die vorbeugende Ausschaltung jeglicher Unsicherheitsfaktoren im Grenzgebiet zu richten.

In diesem Sinne werden auch die getroffenen Aussagen zur Qualifizierung der Organisation des Zusammenwirkens neue Maßstäbe insbesondere an die Intensivierung der damit verbundenen operativen Prozesse stellen.

Zu verstärken ist auch der spezifische Einfluß der Bezirksverwaltung auf die Organe des ZW bei der Gewinnung und dem Einsatz zuverlässiger freiwilliger Grenzhelfer.

Hierin muß sich in einem noch stärkeren Maße die vorhandene Bereitschaft der Grenzbevölkerung widerspiegeln, daß sie sich für die Grenzsicherung mit verantwortlich fühlt.

In der politisch-operativen Arbeit zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit im Grenzgebiet ist demzufolge noch stärker zu berücksichtigen, daß weitere Fortschritte bei der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit nur dann erreicht werden, wenn es gelingt dafür die Grenzbevölkerung zu mobilisieren, ihre Verantwortung und revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen.

Die im Entwurf der Direktive eingearbeiteten Inhalte der politisch-ideologischen Arbeit sind auf diese erhöhte Verantwortung ausgerichtet und werden als wesentliche Grundlage zum jederzeitigen Verständnis der Klassenkampfssituation und als Anleitung zum Handeln betrachtet.

Bekräftigt wird die im Entwurf der Grenzdirektive festgeschriebene Verpflichtung für die leitenden Kader der Partei, der Staats- und wirtschaftsleitenden Organe, der gesellschaftlichen Organisationen und der Schutz- und Sicherheitsorgane, regelmäßig vor der Grenzbevölkerung aufzutreten. Eine derartige Praxis trägt zur Stärkung des Vertrauensverhältnisses mit der Grenzbevölkerung bei und erfordert zwingend eine konkretere, den örtlichen Bedingungen entsprechende politisch-ideologische Arbeit.

In diesem Rahmen trägt der Entwurf auch den gewachsenen Anforderungen der Arbeit mit der Jugend im Grenzgebiet Rechnung, woraus sich weiterführende Akzente für die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit ableiten.

Präziser als bisher wurde im Entwurf auch die volle Durchsetzung der Verantwortung der örtlichen Staatsorgane auf der Grundlage des Grenzgesetzes und der dazu erlassenen Bestimmungen formuliert. Als bedeutsam werden hierbei die Aussagen zur Auswahl der Bürgermeister der Grenzgemeinden eingeschätzt, weil von deren politisch-ideologischer Befähigung und Ausstrahlungskraft vielfältige Prozesse der Tätigkeit der örtlichen Volksvertretungen, deren Autorität und die Arbeit der Kommissionen beeinflusst wird.

BSU
000224

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Potsdam
Der Leiter

Potsdam, den 7. 12. 1981
Tgb.-Nr.: 350 /81

Ministerium für Staatssicherheit
Büro der Leitung
Stellvertreter des Leiters

B e r l i n

MIS
- 200 -
19.02.81
Tgb. Nr. 3707/81
M. S. S. S. S.
Orest Kellner

Abt. 6 Sect. 9.12.29

Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur
Bundesrepublik Deutschland, zu Berlin (West) und an der See-
grenze der DDR

Zustimmung

Der Entwurf zur Direktive enthält die wesentlichen und entschei-
denden Aufgaben zur Arbeit im Grenzgebiet.
Es erfolgte eine konkrete Festlegung der Schwerpunkte der Arbeit
im Grenzgebiet sowie der entsprechenden Verantwortlichkeiten.
Die im Entwurf vorliegende Direktive stellt eine klare politi-
sche Orientierung und ein wichtiges Arbeitsmaterial für alle
beteiligten bzw. verantwortlichen Organe dar.

Anlage

Leibholz
Generalmajor

BStU
000225

Verwaltung für
Staatsicherheit (Vgl. 10.000)
Berlin

Magdeburg, 27. 11. 1981
W. 281/81 A

Ministerium für Staatsicherheit
Büro der Leitung

Berlin

3006/81
Oberst Heffner

Abt. 6 Prot. 2.12.81

Der von Ihnen übersandte Entwurf einer

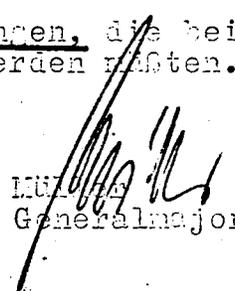
Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an der Staats-
grenze zur Bundesrepublik Deutschland, zu Berlin
(West) und an der Seegrenze der DDR

wurde gründlich durchgearbeitet.

Der vorliegende Entwurf, der umfassend und konkret auf die
wesentlichsten Aufgaben und Erfordernisse der Arbeit im Grenz-
gebiet orientiert, entspricht dem gewachsenen Erfordernis der
politisch-ideologischen Arbeit und den erhöhten Anforderungen
an die Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet.

Meinerseits gibt es keine Ergänzungen, die bei der Endfassung
dieser Direktive berücksichtigt werden müssten.

Anlage
Entwurf


Generalmajor

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Suhla
Leiter

Suhla, 8. Dezember 1981

St. Op. 406 / 81

BStU
000226

1213 - 250 - POLIZEI 100 Tsch. Nr. 3130/81 Wohnort:	3
---	---

Abt. 6 Tsch. 11.12.81

Ministerium für Staatssicherheit
Büro der Leitung
Stellvertreter des Leiters
Gen. Oberst Hettwer

B e r l i n

Entwurf einer Direktive des ZK der SED zur Arbeit im Grenz-
gebiet an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland,
zu Berlin (West) und an der Seegrenze der DDR
Ihr Schreiben vom 19. 11. 81, BdL/2033/81

Der o. g. Entwurf wurde von uns geprüft und findet unsere
Zustimmung.

Unsererseits gibt es keine Vorschläge zu Veränderungen
und Ergänzungen.

i. A.



L a n g e

Oberst

Anlage
Entwurf

BStU
000227

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Gera
Der Leiter

Gera, 26. 11. 1981
mit-sch
C/ 124 /81

Ministerium für Staatssicherheit
Büro der Leitung
Stellvertreter des Leiters.

Berlin

Je.
2998 W
Oberst Hettwer

Abt. 6 Let 30.11.81

Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur BRD,
zu Berlin (West) und an der Seegrenze der DDR

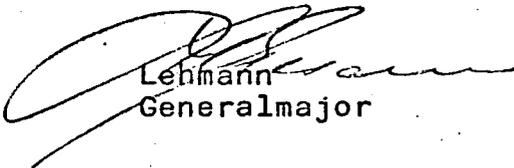
Anliegend sende ich Ihnen den Entwurf dieser Direktive nach
Prüfung und Abstimmung mit den Leitern der zuständigen Dienst-
einheiten zurück.

Das Dokument entspricht den Anforderungen, die gegenwärtig an
die Erhöhung der Qualität und Effektivität der Sicherungsmaß-
nahmen an der Staatsgrenze gestellt werden.

Es wird insbesondere die komplexe Verantwortung der örtlichen
Parteiorgane, der Staatsorgane und der gesellschaftlichen
Organisationen im Zusammenwirken mit den Schutz- und Sicherheits-
organen hervorgehoben.

Im Entwurf gibt es Empfehlungen an die Bezirks- und Kreisleitungen
der Partei, zum Beispiel Aktivtagungen zur einheitlichen Orientierung
der Parteiorganisationen durchzuführen. Besser wäre, wenn hier
verbindlich festgelegt wird, daß diese Tagungen einmal jährlich
stattzufinden haben, weil sie sich in der Praxis als sehr wirksam
erwiesen.

Anlagen


Lehmann
Generalmajor

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Erfurt
Stellvertreter Operativ

Erfurt, 5. 12. 1981
VC/ /81

BSU
000228

1845

Ministerium für Staatssicherheit
Büro der Leitung
Stellvertreter des Leiters
Oberst Hettwer

B e r l i n

Stellungnahme zum Entwurf einer Direktive zur Arbeit im
Grenzgebiet
Ihr Schreiben vom 19. 11. 1981, Tgb.Nr. 2063/81 BdL

Der vorliegende Entwurf wurde in meinem Auftrag durch die
Abteilung VII und ausgewählten Leitern von Grenzkreisdienst-
stellen geprüft.

Generell ist einzuschätzen, daß die Direktive - ausgehend von
der politisch-operativen Lage - konkrete Aufgaben der politisch-
ideologischen Arbeit stellt und dabei die Schwerpunkte sichtbar
macht. Deutlich wurden die Aufgaben, wo sich spürbare Verbes-
serungen zu ergeben haben, im engen Zusammenhang mit der vorbeu-
genden politisch-operativen Sicherung der Staatsgrenze im Sinne
der DA 10/81 des Genossen Minister.

Nach entsprechender Beratung sind folgende Bemerkungen zu
einigen inhaltlichen Seiten vorzuschlagen:

1. Seite 5:

Es ist darauf hinzuarbeiten, daß junge Menschen nach der Berufs-
ausbildung und Armeedienstzeit im Grenzgebiet sesshaft bleiben;
dafür sind organisatorische Voraussetzungen, sicherheitspolitische
Bedingungen und materielle Stimuli zu schaffen.

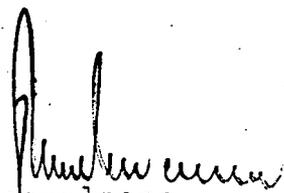
2. Seiten 6 - 7:

Einfügung zum Problem Verschönerung:
Die Konzentration der Mittel zur Rekonstruktion und Werterhaltung
ist im Grenzgebiet auf solche Objekte und Bereiche auszurichten,
die gegenwärtig durch direkte Einsichtnahme Anlaß zur außenpoli-
tischen Diskreditierung durch den Gegner geben könnten.

3. Seite 7:

Im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur DDR ist den verkehrstechnischen Problemen größere Aufmerksamkeit zu schenken. Die sicherheitspolitischen Erfordernisse sind jedoch dabei strikt zu wahren.

Ergänzung | Deutlicher müßte in der Direktive herausgearbeitet werden, daß die Verantwortung der Leiter von Betrieben, Einrichtungen und Genossenschaften bei der Durchsetzung der Passierscheinordnung zum Aufenthalt im Grenzgebiet aus dienstlichen Gründen spürbar erhöht werden muß.


Desselmann
Oberst

BStU
000230

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt
Der Leiter

Karl-Marx-Stadt, 2. Dez. 1981

VL/406/87

Ministerium für Staatssicherheit
Büro der Leitung
Leiter

Berlin

Als Anlage sende ich Ihnen den Entwurf der

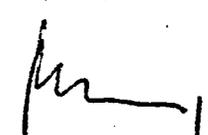
Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze
zur Bundesrepublik Deutschland, zu Berlin (West) und
an der Seegrenze der DDR

zurück.

Zur Erhöhung der staatlichen Sicherheit und Ordnung an der
Staatsgrenze zur BRD und zu Berlin (West) wäre es m. E. not-
wendig, die Verantwortung der Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Entwurf Seite 9) auf folgende Probleme zu erweitern:

- 59 -
- Konsequente Verhinderung der Wiedereingliederung der aus dem Strafvollzug entlassenen Bürger in die Grenzkreise, die eine Gefährdung der Sicherheit und Ordnung darstellen.
 - Straftäter, die rechtskräftig zu Strafen mit Freiheitsentzug verurteilt wurden, sich jedoch nicht in Haft befinden, sind bei Verwirklichungsersuchen am Tage der Rechtskraft ohne Zeitverzug in die zuständige Strafvollzugseinrichtung einzuliefern.

Anlage


Gehlert
Generalmajor

BStU

000231

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Zentralkomitee

HAUS DES ZENTRALKOMITEES AM MARX-ENGELS-PLATZ · 1020 BERLIN · RUF 202-0

ABTEILUNG

für Sicherheitsfragen

Berlin, den 12. November 1981
Schw/Sch

Mitglied des Politbüros
Minister für Staatssicherheit

Genossen Armeegeneral M i e l k e

B e r l i n

VME/VKS/340/10

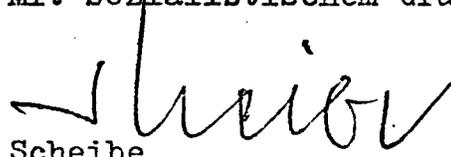
13 NOV 1981

Wertes Genosse Mielke!

In Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages ist vorgesehen, die "Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees zur weiteren Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur BRD und Westberlin" vom 28. Oktober 1971 in neuer Fassung dem Sekretariat des Zentralkomitees zur Bestätigung einzureichen.

Als Anlage übersende ich Dir den Entwurf der überarbeiteten Direktive mit der Bitte um Meinungsäußerung.

Mit sozialistischem Gruß


Scheibe
Generaloberst

Anlage

VME/VVS/ 340 1.47

13 NOV. 1981

Vertrauliche Verschlusssache

ZK 69 - 162/81

BStU

000232

5 Ausf. je 13 Blatt

3. Ausf. 13 Blatt

E n t w u r f

Direktive zur Arbeit im Grenzgebiet
an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik
Deutschland, zu Berlin (West) und an
der Seegrenze der DDR

(Beschluß des Sekretariats des ZK vom

Der X. Parteitag hat mit aller Dringlichkeit bekräftigt, daß es für uns keine wichtigere Frage gibt, als die Sicherung und Erhaltung des Friedens.

Dieser Generallinie der Politik der Partei entsprechend, hat das Zentralkomitee in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Sicherheit der Staatsgrenze der DDR, der Trennlinie zwischen Sozialismus und Imperialismus in Europa, als einem entscheidenden Faktor der Sicherung des Friedens, jederzeit zu gewährleisten.

Durch die Grenztruppen der DDR, die Schutz- und Sicherheitsorgane wurde unsere Staatsgrenze zur imperialistischen BRD, zu Berlin (West) in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Bevölkerung zuverlässig geschützt.

In den Grenzkreisen vollzog sich unter Führung der Parteiorganisationen eine politisch stabile und ökonomisch leistungsstarke Entwicklung. Die überwiegende Mehrheit der Grenzbevölkerung hat verstanden, daß die Sicherung der Staatsgrenze entscheidend für die Festigung unserer sozialistischen Staatsmacht, für die allseitige Stärkung unserer Republik, als westlicher Vorposten der sozialistischen Staatengemeinschaft, ist.

Die Erfüllung der Beschlüsse des X. Parteitages sowie die internationale Klassenkampfsituation verlangen heute, zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Sicherheit unserer Staatsgrenze unter allen Bedingungen zu gewährleisten und die Ordnung im Grenzgebiet wirksam zu erhöhen.

Die Erfüllung dieser Aufgabe stellt höhere Anforderungen an die Führungstätigkeit der leitenden Parteiorgane, der Staats- und wirtschaftsleitenden Organe, der Grenztruppen der DDR, der anderen Schutz-, Sicherheits- sowie der Justizorgane. Es wächst die Verantwortung der Kommunisten in den gesellschaftlichen Organisationen, in den Betrieben, Genossenschaften und in den Wohngebieten für die Durchsetzung der Militär- und Sicherheitspolitik unserer Partei.

I.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Bezirks- und Kreisleitungen, der gesellschaftlichen Organisationen, der Staats- und wirtschaftsleitenden Organe, der Kommandeure, Politorgane, Partei- und FDJ-Organisationen der Grenztruppen sowie der Schutz- und Sicherheitsorgane steht die politisch-ideologische Arbeit und ihr einheitliches Wirken im Grenzgebiet.

Entscheidend ist, daß die politisch-ideologische Arbeit unter der Grenzbevölkerung, besonders unter der Jugend, beharrlich und überzeugend geführt wird und das enge Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk unablässig gefestigt wird. Es gilt, die politisch-moralische Einheit der Grenzbevölkerung weiter auszuprägen und ihre Bereitschaft zu fördern, sich für die Grenzsicherung mit verantwortlich zu fühlen.

In der politisch-ideologischen Arbeit ist erforderlich, die aggressiven Absichten und Ziele des Imperialismus besonders der USA und der BRD und der durch sie hervorgerufene Kurs der Konfrontation, der die Gefahren für den Frieden erhöht, zu entlarven und die internationale Verantwortung der DDR für die Erhaltung des Friedens und den Schutz der Staatsgrenze darzulegen.

Die Erhöhung der Massenwirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit im Grenzgebiet verlangt,

- daß die Bezirks- und Kreisleitungen die politisch-ideologische Arbeit konkret führen und die Beschlüsse des X. Parteitages entsprechend den örtlichen Bedingungen schöpferisch anwenden und verwirklichen;
- daß die Bezirks- und Kreisleitungen stärker auf das bewußte Handeln der Grenzbevölkerung für den Sozialismus einwirken, die kameradschaftlichen Beziehungen und das vertrauensvolle Gespräch mit den Bürgern im Grenzgebiet sowie das schnelle Reagieren auf ihre Vorschläge unablässig entwickeln. Regelmäßig haben die leitenden Kader der Partei, der Staats- und wirtschaftsleitenden Organe, der gesellschaftlichen Organisationen und der Schutz- und Sicherheitsorgane vor der Grenzbevölkerung aufzutreten;
- daß die Bezirks- und Kreisleitungen ständig die Lage kennen, regelmäßig die Entwicklung des politischen Bewußtseins und das Denken der Grenzbevölkerung analysieren, die Erfüllung der gestellten Aufgaben einschätzen und die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Zur einheitlichen Orientierung wird die Durchführung von Parteiaktivtagungen empfohlen.

Die Kreisleitungen verstärken ihren Parteeinfluß zur Weiterentwicklung der Kampfkraft der Partei im Grenzgebiet und sichern eine qualifizierte, differenzierte Anleitung und operative Unterstützung der Ortsparteileitungen und Grundorganisationen. Sie gewährleisten, daß die Beschlüsse der Partei bis in die Parteigruppen erfüllt werden, die Einbeziehung der

BV Gera

ganzen Grenzbevölkerung erreicht wird und der Schutz der Staatsgrenze sowie eine vorbildliche Ordnung und Sicherheit zum Anliegen aller Bewohner des Grenzgebietes werden. Sie sind verpflichtet, in einem Plan der politischen Massenarbeit die Schwerpunkte der ideologischen Arbeit einheitlich zu bestimmen und die vielfältigen Formen und Methoden der politischen Massenarbeit, die sich bewährt haben, anzuwenden.

Zur Vorbereitung gesellschaftlicher Höhepunkte und in besonderen Situationen sind durch die Kreisleitungen unter Teilnahme von Parteiaktivisten der Grenztruppen und der Schutz- und Sicherheitsorgane Gesamtmitgliederversammlungen in den Zentren des Grenzgebietes (in der Regel mehrere Orte) und in den Städten und Gemeinden des grenznahen Gebietes durchzuführen.

Die Gewinnung von Kandidaten für die Partei, besonders von Mitgliedern der FDJ aus der Industrie, der Landwirtschaft und dem Handel, und die Übergabe konkreter Parteaufträge an die Kandidaten sind zu verstärken.

Besondere Aufmerksamkeit haben die Kreisleitungen der Verbesserung der Arbeit der Ausschüsse der Nationalen Front, der engen Zusammenarbeit und dem koordinierten Handeln aller gesellschaftlichen Kräfte und der politischen Führung der ehrenamtlichen Kommissionen und Aktive zu widmen.

Größere Anstrengungen sind notwendig, um den gewachsenen geistig-kulturellen Bedürfnissen der Grenzbevölkerung zu entsprechen. Der Schwerpunkt liegt in der qualitativen Verbesserung der geistig-kulturellen Arbeit und dem effektiveren Einsatz aller technischen Mittel.

Die Arbeit mit Nomenklaturkadern, der Kaderreserve, besonders mit den Nachwuchskadern, ist zielstrebig zu leiten.

Die Bezirks- und Kreisleitungen nehmen periodisch zum Stand der Auswahl, Erziehung, Bildung und des Einsatzes der Kader des Partei- und Staatsapparates, der Volksbildungsorgane, der gesellschaftlichen Organisationen, der Betriebe der Industrie

sowie der Land- und Forstwirtschaft im Grenzgebiet Stellung.

Sie sichern, daß klassentreue und prinzipienfeste Kader für BStU Funktionen im Grenzgebiet ausgewählt und entwickelt werden. 000236

Der Anteil der Frauen und Jugendlichen ist wesentlich zu erhöhen.

Verstärkt sind Berufsoffiziere und -unteroffiziere, die aus dem aktiven Wehrdienst der Grenztruppen und dem Dienst der anderen Schutz- und Sicherheitsorgane ausscheiden, für die Übernahme von hauptamtlichen Funktionen im Grenzgebiet zu gewinnen.

Der Einsatz hauptamtlicher Parteisekretäre im Grenzgebiet unterliegt der Kontrollnomenklatur der Bezirksleitung.

BV Rostock
BV Erfurt
Die Bezirks- und Kreisleitungen, die Grundorganisationen der Partei haben sich der klassenmäßigen Erziehung der Jugend im Grenzgebiet stärker zuzuwenden.

Die politisch-ideologische Arbeit der FDJ und der Pionierorganisation "Ernst Thälmann" ist besonders zu unterstützen. Die Leitungen der FDJ, die Vorstände der GST und die Leitungen des DTSB der DDR haben einen stärkeren politischen Einfluß auf alle Jugendlichen auszuüben und eine interessante massenpolitische Arbeit unter Berücksichtigung der wehrpolitischen Aspekte zu organisieren. Der Jugend im Grenzgebiet ist zu helfen, ihre Freizeit mit Kultur, Sport, Touristik und Geselligkeit sinnvoll zu gestalten. Es ist zu erreichen, daß die Jugendlichen in den Ordnungsgruppen der FDJ aktiv an der Erhöhung von Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet mitwirken.

Es ist darauf hinzuarbeiten, daß junge Menschen nach Berufsausbildung und Armeedienstzeit im Grenzgebiet sesshaft bleiben.

Die Bezirks- und Kreisleitungen an der Staatsgrenze zu Berlin (West) und an der Küste haben in ihrer Tätigkeit stärker das grenznahe Gebiet einzubeziehen.

II.

Die Bezirks- und Kreisleitungen nehmen stärker darauf Einfluß, daß die Grundorganisationen in den örtlichen Staatsorganen ihrer Verantwortung bei der Durchsetzung der Militär- und Sicherheitspolitik sowie der Wirtschaftsstrategie der Partei gerecht werden.

Die Räte der Bezirke, Kreise, Gemeinden und Gemeindeverbände, der Magistrat von Berlin, Hauptstadt der DDR, und die Räte der Grenzstadtbezirke haben auf der Grundlage des "Gesetzes zum Schutze der Staatsgrenze der DDR" - Grenzgesetz - und der Nachfolgedokumente (Grenzverordnung und Grenzordnung) sowie der Festlegungen des Ministerrates einheitlich und komplex die Aufgaben zum Schutz der Staatsgrenze und der Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet durchzuführen. Sie sind verantwortlich für die Lenkung und Koordinierung aller staatlichen Maßnahmen im Grenzgebiet und setzen die weitere Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit im Grenzgebiet sowie das Zusammenwirken mit den gesellschaftlichen Kräften durch.

Die örtlichen Staatsorgane haben für die komplexe und allseitige Entwicklung des Grenzgebietes und des grenznahen Raumes eine hohe Verantwortung. Sie legen entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung langfristig die Perspektive des Grenzgebietes fest. Ausgehend von den realen Möglichkeiten ist weiterhin alles zu tun, um die Arbeits- und Lebensbedingungen, die materiellen und geistig-kulturellen Bedingungen kontinuierlich zu verbessern. Alle bisherigen Vergünstigungen für Bürger im Grenzgebiet bleiben in vollem Umfang aufrechterhalten.

BV Erfurt | Die Verschönerung der Städte, Gemeinden und Wohngebiete im Grenzgebiet bleibt ein politisches Grundanliegen im Interesse unserer Bürger und des Ansehens der DDR. Darum ist der Rekonstruktion, Werterhaltung sowie Neuschaffung der Wohnsubstanz, der Rekultivierung ungenutzten Bodens und der Sauberkeit außerordentliche

Beachtung zu schenken. In den Volkswirtschafts- und Perspektivplänen der Bezirke, Kreise und des Magistrats von Berlin sind die Aufgabenstellungen und Leistungen für die Grenzgebiete gesondert auszuweisen. Es ist nicht statthaft, daß Eingriffe in bestätigte Bilanzen zu Lasten von Objekten im Grenzgebiet erfolgen. Baumaßnahmen sind in kürzester Frist durchzuführen.

Die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung im Grenzgebiet ist eine Aufgabe von erstrangiger politischer Bedeutung. Die Räte der Bezirke und Kreise sind verantwortlich für

- die vorrangige und stabile Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs und Industriewaren;
- die Erhöhung des Angebots von hochwertigen Konsumgütern und die Erweiterung des Delikat- und Exquisitsortiments;
- die Schaffung weiterer Einkaufsmöglichkeiten und -erleichterungen, den weiteren Ausbau des Bestelldienstes, des Dienstleistungsangebots und der Komplexannahmestellen;
- die niveauvolle gastronomische Versorgung und Betreuung.

Die Räte der Bezirke haben die Schwerpunktaufgaben zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung in den Grenzkreisen in den Bezirksversorgungsplänen festzulegen.

Die örtlichen Staatsorgane haben die Durchführung der Versorgungsaufgaben in den Grenzgebieten periodisch einzuschätzen.

Darin einzubeziehen ist die kontinuierliche Versorgung der im Grenzgebiet stationierten bewaffneten Organe entsprechend den festgelegten Vereinbarungen und abgeschlossenen Verträgen.

Durch die Organe des Gesundheitswesens ist die ständige medizinische Versorgung und Betreuung der Grenzbevölkerung zu gewährleisten.

3V
Erfurt | Im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur BRD ist den verkehrstechnischen Problemen größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Erfüllung der politischen, volkswirtschaftlichen und geistig-kulturellen Aufgaben hat im Einklang mit der Durchsetzung der Ordnung und Sicherheit zu erfolgen. Es ist dahingehend zu wirken, daß jeder Bürger die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Staatsgrenze beachtet und einhält, alle Bürger gewonnen werden, sich für die Einhaltung und Durchsetzung verantwortlich zu fühlen und die Grenztruppen der DDR und die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane bei der Erfüllung ihres Klassenauftrages aktiv unterstützen.

Die Vorsitzenden der Räte der Kreise, der Oberbürgermeister von Berlin, Hauptstadt der DDR, und die Stadtbezirksbürgermeister der Grenzstadtbezirke haben zu sichern, daß für die im Grenzgebiet tätigen Kader vorrangig Wohnraum bereitgestellt und der Beschluß des Ministerrates vom 26.06.1980 besonders hinsichtlich der Verbesserung der Dienst- und Lebensbedingungen der Berufsoffiziere, Fähnriche und Berufsunteroffiziere realisiert wird. Sie haben den Grenztruppen der DDR in Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben zur kontinuierlichen Weiterentwicklung des Grenzsicherungssystems größtmögliche Unterstützung zu geben.

Die Autorität der Volksvertretungen und ihrer Abgeordneten in den Grenzgebieten ist weiter zu heben. Ihre guten Erfahrungen und die der Ständigen Kommissionen und Aktivs sollten schneller verallgemeinert werden.

Das Zusammenwirken der Volksvertretungen und ihrer Ständigen Kommissionen mit den Grenztruppen und den Schutz- und Sicherheitsorganen, den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist zu verstärken.

ZV Rostock Besondere Aufmerksamkeit ist den Grenzsicherheitsaktiven bei den Ständigen Kommissionen "Ordnung und Sicherheit" der Volksvertretungen aller Ebenen zu schenken. Ihre Tätigkeit ist bis in den Gemeindeverband und die Gemeinde zu aktivieren. Zu unterstützen ist die Bildung von Grenzsicherheitsaktiven in den Betrieben, Genossenschaften, Schulen, Einrichtungen, Wohn-

bezirken und Kleingartenanlagen sowie andere Formen der ehrenamtlichen Mitarbeit im Interesse einer hohen Ordnung und Sicherheit in Grenzgebiet und im grenznahen Gebiet. Von Bedeutung ist die zielstrebige Führung des Kampfes zur Erringung des Titels "Gemeinde (Gemeindeverband) der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit" bzw. "Bereich der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit". Die Räte der Bezirke und Kreise, der Magistrat von Berlin, Hauptstadt der DDR, und die Räte der Grenzstadtbezirke führen regelmäßig Grenzsicherheitstagungen durch.

Es ist zu fördern, daß in der Zusammenarbeit zwischen den Staats- und wirtschaftsleitenden Organen, den gesellschaftlichen Organisationen und den Grenztruppen der DDR sowie den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen langfristige abrechenbare Vereinbarungen besonders im Rahmen der Gemeindeverbände getroffen werden. Die Potenzen der Gemeindeverbände sind umfassender im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung, der Ordnung und Sicherheit und Unterstützung der Grenztruppen zu nutzen. Die Verantwortung der örtlichen Staatsorgane für die allseitige Sicherung des Bedarfs an Kadern, ihrer Auswahl, ihres Einsatzes und ihrer Qualifizierung ist weiter zu erhöhen. Sie haben zu gewährleisten, daß die besten Bürgermeister im Grenzgebiet tätig sind. Ihr Einsatz unterliegt der Kontrollnomenklatur der Bezirksleitung.

BV
H.-M. - [unlesbar]

Die Gerichte und Staatsanwaltschaften haben die Straftaten gegen die Ordnung an der Staatsgrenze mit aller Härte und Konsequenz zu verfolgen. Die zentralen Justizorgane haben ihre Tätigkeit regelmäßig zu kontrollieren und einzuschätzen sowie eine einheitliche Orientierung und Anleitung zu gewährleisten. Die Rechtspflegeorgane haben die örtlichen Organe mit ihren Kommissionen und Aktiven, die gesellschaftlichen Kräfte, die Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen im Grenzgebiet noch wirksamer bei der konsequenten Durchsetzung des sozialistischen Rechts anzuleiten und zu unterstützen. Der Verordnung zum Schutze der Kinder und Jugendlichen ist mehr Beachtung zu schenken.

Durch die Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden ist sicherzustellen, daß in begründeten Fällen rechtzeitig über Personen, die im Interesse der Sicherheit aus dem Grenzgebiet auszusiedeln sind, die notwendigen Entscheidungen getroffen und unverzüglich realisiert werden. Solche Maßnahmen sind politisch und materiell gründlich vorzubereiten.

Die Bezirks- und Kreisleitungen sollten periodisch die Einhaltung und Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit analysieren.

BStU

000241

III.

Ein Schwerpunkt in der Tätigkeit der Bezirks- und Kreisleitungen besteht in der Anleitung und Unterstützung der Grundorganisationen in den LPG und VEG der Pflanzen- und Tierproduktion und ihren kooperativen Einrichtungen, der Parteigruppen in den Kooperationsräten der Pflanzen- und Tierproduktion sowie den Grundorganisationen der staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe im Grenzgebiet und grenznahen Raum.

Mehr Aufmerksamkeit ist der Schaffung kampfstarker Parteikollektive, einer zielgerichteten politisch-ideologischen Arbeit sowie der Stärkung des Parteieinflusses in allen Genossenschaften und volkseigenen Betrieben der Land- und Forstwirtschaft zu schenken. Die Bezirks- und Kreisleitungen haben dafür zu sorgen, daß die Staats- und wirtschaftsleitenden Organe in enger Zusammenarbeit mit den Betrieben der sozialistischen Land- und Forstwirtschaft größeren Einfluß auf die weitere politische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung des Grenzgebietes nehmen.

Dabei ist von besonderer Bedeutung:

- Die Festigung und zielgerichtete Weiterentwicklung der Kooperationsbeziehungen zwischen den Betrieben der Pflanzen- und Tierproduktion, den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und den volkseigenen Betrieben der Pflanzen- und Tierproduktion im Grenzgebiet und grenznahen Gebiet.

- Die Vervollkommnung der engen, kameradschaftlichen Zusammenarbeit der Vorstände und Parteileitungen der LPG sowie der Direktoren und Parteileitungen der VEG und der staatlichen Forstwirtschaft mit den zuständigen Kommandeuren, Politorganen und Einheiten der Grenztruppen.
- Die Durchführung der Feld-, Wald- und anderen volkswirtschaftlichen Arbeiten im Schutzstreifen und der Anbau landwirtschaftlicher Kulturen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen sowie die Abstimmung aller wichtigen Fragen der Produktion der Land- und Forstwirtschaft im Grenzgebiet mit den zuständigen Kommandeuren der Grenztruppen.
- Die effektivere Nutzung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen im Schutzstreifen einschließlich der durchgängigen Rekultivierung ungenutzten Bodens und seiner landwirtschaftlichen Nutzung.
- Die vorrangige Ausrüstung der Genossenschaften und VEG im Grenzgebiet mit moderner Technik.
- Die Auswahl solcher Standorte für neu zu errichtende Produktions- und Wohnbauten, die der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung und der Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze entsprechen.
- Die Gewährleistung einer größeren Stabilität in der Kaderbesetzung besonders der leitenden Kader in den landwirtschaftlichen und gärtnerischen Produktionsgenossenschaften, ihren kooperativen Einrichtungen und volkseigenen Betrieben der Land- und Forstwirtschaft und die Gewinnung junger Menschen aus dem Grenzgebiet für die landwirtschaftliche Ausbildung sowie ihre weitere Förderung.

BStU

000243

IV.

Die Grenztruppen der DDR sowie die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane führen ihre Aufgaben zum Schutze der Staatsgrenze und zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet auf der Grundlage des Grenzgesetzes und seiner Nachfolgedokumente sowie der Weisungen des Nationalen Verteidigungsrates durch. Die Kommandeure, Politorgane und Stäbe der Grenztruppen haben durch eine wirksame politisch-ideologische Arbeit in ihren Einheiten und im Grenzgebiet das Vertrauensverhältnis zwischen den Angehörigen der Grenztruppen und der Grenzbevölkerung, als grundlegende Voraussetzung für die Erfüllung ihres Klassenauftrages, unablässig zu festigen. Sie sind dafür verantwortlich, daß alle Maßnahmen der bewaffneten Kräfte zur zureichenden Sicherung der Staatsgrenze ständig und exakt koordiniert werden. Die Beratungen der Organe des Zusammenwirkens sind in Verantwortlichkeit der Kommandeure der Grenztruppen territorial und periodisch durchzuführen.

Wesentlich zu verbessern ist die unmittelbare Zusammenarbeit der grenzsichernden Einheiten mit den örtlichen Staatsorganen und gesellschaftlichen Kräften im Territorium.

In Zuständigkeit der Grenztruppen sind regelmäßig in den Gemeinden im Schutzstreifen Sicherheitsberatungen mit den örtlichen Funktionären durchzuführen. In der Sperrzone erfolgen diese in Zuständigkeit der Volkspolizei.

Der Gewinnung, Ausbildung und dem effektiven und koordinierten Einsatz der Freiwilligen Helfer der Grenztruppen und der Volkspolizei ist mehr Beachtung zu schenken. Territorial sind dazu bessere Abstimmungen erforderlich.

Die Leiter und Politorgane der Wehrkommandos gewährleisten eine spezifische und differenzierte Arbeit mit den im Grenzgebiet wohnenden gedienten Reservisten.

Die im Grenzgebiet wohnenden Berufssoldaten der Nationalen Volksarmee und der Schutz- und Sicherheitsorgane und deren

VII

Familienangehörigen sind aktiver in die Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen, der örtlichen ehrenamtlichen Kommissionen und ihrer Aktive einzubeziehen.

Die Grenztruppen haben in Durchsetzung der ihnen für die wehrpolitische Erziehungsarbeit in der Öffentlichkeit gestellten Aufgaben noch wirkungsvoller Einfluß zu nehmen auf die Hebung des Niveaus des gesellschaftlichen Lebens und der geistig-kulturellen Arbeit in den Grenzgemeinden, auf die Wahrnehmung der Pflichten ihrer gewählten Abgeordneten, auf die langfristige Gewinnung von ausscheidenden Offizieren und Berufsunteroffizieren für die Übernahme von hauptamtlichen Funktionen im Grenzgebiet sowie auf eine straffe Führung der Patenschaftsbeziehungen vorrangig zu den Schulen, Betrieben, Genossenschaften, Einrichtungen und staatlichen Organen im Grenzgebiet und grenznahen Gebiet.

Die Kommandeure und Politorgane der Grenztruppen, die Leiter der anderen Schutz- und Sicherheitsorgane sind verpflichtet, den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen rechtzeitig Informationen über die Lage an der Staatsgrenze und im Grenzgebiet zu geben und untereinander auszutauschen. Sie haben die enge Zusammenarbeit mit den Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen weiter zu vervollkommen, periodisch über die Lage an der Staatsgrenze zu berichten und Vorschläge zur Erhöhung der Ordnung und Sicherheit zu unterbreiten.

- 1 ZK der SED + Ministerrat
- 2 Ministerium für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau
- 3 Amt für Preise beim MR der DDR
- 4 Komitee der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion
- 5 Ministerium für Außenhandel
- 6 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
- 7 Ministerium für Bauwesen
- 8 Ministerium für Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie
- 9 Ministerium für Chemische Industrie
- 10 Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik
- 11 Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali
- 12 Ministerium der Finanzen
- 13 Ministerium für Geologie
- 14 Ministerium für Gesundheitswesen
- 15 Ministerium für Glas- und Keramikindustrie
- 16 Ministerium für Handel und Versorgung
- 17 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
- 18 Ministerium des Innern
- 19 Ministerium der Justiz
- 20 Ministerium für Kohle und Energie
- 21 Ministerium für Kultur
- 22 Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft
- 23 Ministerium für Leichtindustrie

BStU
000246

- 24 Ministerium für Materialwirtschaft
- 25 Ministerium für Nationale Verteidigung
- 26 Ministerium für Post- und Fernmeldewesen
- 27 Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau
- 28 Staatsbank der DDR
- 29 Staatliche Plankommission
- 30 Staatliches Vertragsgericht beim MR der DDR
- 31 Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft
- 32 Ministerium für Verkehrswesen
- 33 Ministerium für Volksbildung
- 34 Ministerium für Werkzeug- und Verarbeitungsma-
schinenbau
- 35 Ministerium für Wissenschaft und Technik
- 36 Staatssekretariat für Arbeit und Löhne
- 37 Amt für Jugendfragen beim MR der DDR

Geschäftsbereich

- 38 Körperkultur und Sport
- 39 Amt für Standardisierung, Meßwesen und Waren-
prüfung (ASMW)
- 40 Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR
- 41 Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft beim MR der DDR
(s. unter 1. → Ministerrat)

Zentrale staatliche Ämter/Verwaltungen

- 42 Staatliche Zentralverwaltung für Statistik beim
MR der DDR
- 43 Amt für Erfindungs- und Patentwesen

BStU
000247

- 44 Amt für Technische Überwachung
- 45 Zollverwaltung der DDR

- 46 Generalstaatsanwalt der DDR
- 47 Zentralrat der FDJ
- 48 Zentralvorstand der GST
- 49 Zentrtrag

- 50 Staatssekr. für Berufsbildung
- 51 Magistrat